

APA049 5 II 0473

23.Jän 04

VERFASSUNG REFORM KONVENT

Ö-Konvent: Noch keine Ergebnisse im Jänner**Utl.: Funk glaubt, "dass Konvent um einiges mehr an Zeit braucht" - Freimaurer kommen nicht zum Hearing =**

Wien (APA) - Mit den für Ende Jänner angekündigten ersten Ergebnissen des **Österreich-Konvents** wird es offenbar doch nichts werden. Der Großteil der Ausschuss-Berichte soll nun im März, einzelne möglicherweise Mitte Februar vorliegen. Im Büro von Konvents-Präsident Franz Fiedler wird als Begründung dafür das Konvents-Hearing am kommenden Montag genannt, dessen Ergebnisse noch eingearbeitet werden sollen. Die Arbeit in den Ausschüssen gestaltet sich indessen offenbar schwierig. In wesentlichen Fragen zeichnet sich vorerst kein Konsens ab.

Der Verfassungsrechtler Bernd Christian Funk, er leitet den Ausschuss zum Grundrechtskatalog, hat um Verlängerung seines Mandats bis Ende Mai angesucht, "damit wir uns dieser Arbeit voll widmen können". Ob das Präsidium des Konvents dem nachkommt, ist noch offen. Funk meint im Gespräch mit der APA, dass der Ausschuss wegen der vielen unterschiedlichen Positionen lediglich eine "Synopsis" der verschiedenen Vorschläge wird vorlegen können. Insgesamt hält es Funk "nicht für abwegig, dass der Konvent um einiges mehr an Zeit braucht als veranschlagt".

Auch Heinz Mayer, Vorsitzender des Ausschusses für "Staatsaufgaben und Staatsziele", betont, dass es bei ihm "in kaum einem Punkt Konsens gibt, wie wahrscheinlich in allen anderen Ausschüssen auch". Heftig umstritten sei unter anderem, ob die Neutralität in der neuen Verfassung unverändert übernommen oder angesichts von UNO und EU eingeschränkt formuliert werden soll. "Schwere Differenzen" gebe es auch zur von der ÖVP gewünschten Verfassungs-Präambel. Einigung zeichnet sich laut Mayer etwa über die Streichung der "umfassenden Landesverteidigung" aus der Verfassung ab. Diese habe ohnehin "nie große Bedeutung gehabt".

Keine Einigkeit in den wesentlichen Fragen gibt es auch im Ausschuss über die staatlichen Institutionen, der sich mit sensiblen Fragen wie Wahlrecht, den Befugnissen des Bundespräsidenten oder dem Legalitätsprinzip befasst. Hier wird beispielsweise diskutiert, ob der Bundespräsident weiterhin das Recht haben soll, den Regierungschef zu bestimmen und den Nationalrat aufzulösen (ÖVP und Grüne haben dies als "Verfassungsschotter" bezeichnet). Zudem wollen einige Ausschuss-Mitglieder die Verpflichtung zum Verhältnis-Wahlrecht aus der Verfassung streichen. Damit könnte per einfachem Gesetz etwa ein Mehrheitswahlrecht eingeführt werden.

Da hier vorerst keine Einigung möglich ist, wird der Endbericht laut dem Ausschuss-Vorsitzenden, Verfassungsrichter Gerhart Holzinger, die verschiedenen Optionen zusammenfassen und auflisten.

In weiterer Folge müssten dann Konvent und Präsidium versuchen, einen Konsens zu erzielen. Einig ist man sich laut Holzinger etwa darüber, dass die detaillierte Regelung der Landesverwaltungsstrukturen in der Verfassung nicht nötig ist. Hier will man den Ländern mehr Spielraum geben.

Dass der Konvent länger als wie geplant bis Jahresende dauern könnte, glaubt man im Büro Fiedler nicht. "Wir schauen, dass wir den Terminplan einhalten", so Pressesprecherin Edith Goldeband. Bei der nächsten Konvents-Sitzung am Montag kommt ein letztes Mal die so genannte "Zivilgesellschaft" zu Wort. Zum Hearing geladen sind unter anderem Organisationen aus den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Familie und Medien sowie Rettungsorganisationen. Nicht vergessen wurden auch Charity-Organisationen wie Rotarier und Kiwanis. Eingeladen wurden auch die Freimaurer ("Großloge von Österreich"). Sie haben aber abgesagt und wollen ihre Wünsche schriftlich deponieren.

(Schluss) has/wea

APA049 2004-01-23/07:00

230700 Jän 04